

Erklärung des G8-Gipfels zur Terrorismusbekämpfung – Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung

Wir, die Staats- und Regierungschefs der G8, verurteilen jegliche terroristische Handlungen einmütig und auf das Schärfste und bekräftigen, dass es keine Rechtfertigung für diese Handlungen gibt, die eine der schlimmsten Bedrohungen für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit und für das Leben und die Ausübung der Menschenrechte darstellen. Wir werden in unserem gemeinsamen Bekenntnis zur Bekämpfung des Terrorismus nicht nachlassen und dabei gleichzeitig Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sowie wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Möglichkeiten fördern. Unser Mitgefühl gilt allen Opfern terroristischer Handlungen, gleichviel, wo und von wem diese verübt wurden.

Eingedenk sowohl der Vorteile als auch der Herausforderungen, die die Globalisierung unseren Volkswirtschaften bringt, und in Anerkennung der zunehmenden Verflechtung der Weltwirtschaft sind wir entschlossen, unsere Zusammenarbeit und Abstimmung zu verbessern, um den Bedrohungen entgegenzuwirken, die Terrorismus und gewaltsamer Extremismus für unsere Lebensweise darstellen. Gemeinsam werden wir alle verfügbaren nationalen und internationalen Maßnahmen ergreifen, um unsere Staaten vor diesen Bedrohungen zu schützen. Besondere Aufmerksamkeit werden wir dem Ausbau des Informationsaustauschs und der justiziellen Zusammenarbeit in Bezug auf Personen widmen, die Terrorakte gegen unsere Bürger und unsere Werte planen, zu verüben versuchen oder verüben, sowie in Bezug auf jene, die solche Handlungen begünstigen oder zu ihrer Verübung anstiften.

Daher verpflichten wir uns heute hier in Heiligendamm, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um gegen die Bedingungen vorzugehen, die sich die Terroristen zunutze machen, um die gefährlichsten Waffen der Welt von Terroristen fern zu halten, wesentliche Verkehrs- und Energieinfrastrukturen zu schützen, die Finanzierung des Terrorismus und illegale Beschaffungsnetze zu bekämpfen und wachsam in Bezug auf den Einsatz moderner Kommunikations- und Informationstechnologien durch Terroristen zu bleiben.

1. Die zentrale Rolle der Vereinten Nationen bei der weltweiten Bekämpfung des Terrorismus

Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die zentrale Rolle der Vereinten Nationen bei der weltweiten Bekämpfung des Terrorismus. Wir erkennen an, dass die VN die einzige Organisation sind, die über die nötige Autorität und die erforderliche Reichweite verfügt, um weltweites Einvernehmen über die Ächtung des Terrorismus herbeiführen und wesentliche

Aspekte der terroristischen Bedrohung wirkungsvoll und in umfassender Weise angehen zu können. Wir begrüßen daher ausdrücklich die einstimmige Annahme der Globalen Strategie zur Terrorismusbekämpfung der Vereinten Nationen durch die Generalversammlung im September 2006. In diesem Zusammenhang nehmen wir mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Strategie die Notwendigkeit der uneingeschränkten Umsetzung der für die Bekämpfung des Terrorismus einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrats durch alle VN-Mitgliedstaaten in geeigneter Weise betont. Damit verstärken die vom Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen und die von ihm geschaffenen institutionellen Strukturen einerseits und die Strategie der Generalversammlung andererseits einander.

Wir unterstreichen unser nachhaltiges Engagement für den Entwurf des Umfassenden Übereinkommens des Vereinten Nationen über den internationalen Terrorismus, zu dessen zügigem Abschluss wir dringend aufrufen; das Übereinkommen zielt vor allem darauf ab, die rechtliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus auf globaler Ebene zu erleichtern. Wir bekunden unsere Entschlossenheit, die Bemühungen der Vereinten Nationen um Bekämpfung des Terrorismus zu unterstützen und zu stärken. Wie in St. Petersburg vereinbart, legen wir einen Bericht über unsere Anstrengungen auf diesem Gebiet vor.

2. Unsere Reaktion auf den Missbrauch moderner Kommunikations- und Informationstechnologien für terroristische und kriminelle Zwecke

Mit großer Besorgnis nehmen wir Kenntnis davon, dass moderne Kommunikations- und Informationstechnologien für die Planung und Durchführung terroristischer Handlungen sowie für die Radikalisierung, Rekrutierung und Ausbildung von Terroristen genutzt werden. Die multimedialen Fähigkeiten sowie die Möglichkeit der massenhaften Verbreitung erleichtern den Terrorgruppen die Kommunikation und Abstimmung, die Verbreitung terroristischer Propaganda sowie die Radikalisierung und Rekrutierung bestimmter Personen für terroristische Handlungen. Wir sind entschlossen, gegen diesen Missbrauch der modernen Kommunikations- und Informationstechnologie energisch vorzugehen, dabei jedoch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung strikt zu beachten. Wir verpflichten uns daher,

- unsere Kenntnisse darüber, wie neue und in Entwicklung begriffene Technologien von Terroristen missbraucht werden können, zu vertiefen;
- Wege zu ermitteln, den Einsatz der modernen Kommunikations- und Informationstechnologie durch Terroristen aufzudecken und zu stören und dadurch terroristische Pläne zu enthüllen und Terrornetze handlungsunfähig zu machen;
- unsere Erfahrungen auf diesem Gebiet auszutauschen.

3. Schutz der wesentlichen Energieinfrastruktur

Angesichts des grenzüberschreitenden Charakters der Energieinfrastruktur kann sich kein Land vor gefährlichen Unterbrechungen abschotten. Wir sind entschlossen, unsere Bemühungen um den Schutz der wesentlichen Energieinfrastruktur vor terroristischen Angriffen fortzusetzen. Auf dem Gipfel in St. Petersburg haben wir uns dazu verpflichtet, die Sicherheit des globalen Energienetzwerks zu gewährleisten und dessen verwundbare Punkte noch genauer zu analysieren sowie zu ermitteln, wie wir noch effizienter vermeiden können, dass Störungen durch Anschläge auftreten. Wir haben die Fachleute in unseren Ländern angewiesen, Empfehlungen zu erarbeiten, um die Herausforderungen an die Gewährleistung der wesentlichen Energieinfrastruktur zu bewältigen. Heute geben wir die Initiativen bekannt, die wir in dieser Hinsicht ergreifen:

- Bewertung der Verletzlichkeit der wesentlichen Energieinfrastruktur und der potenziellen Risiken, denen sie ausgesetzt ist;
- Austausch bewährter Verfahren im Bereich wirksamer Sicherheitsreaktionen;
- Bewertung potenzieller Bedrohungen für die wesentliche Energieinfrastruktur.

4. Verbesserung der Transportsicherheit

Wir unterstreichen, wie wichtig es ist, die Transportsicherheit weiter zu erhöhen. Wiederholte Angriffe auf Flugzeuge, Züge und andere Transportmittel haben einmal mehr gezeigt, dass die Terrorgruppen weiterhin entschlossen sind, Transportnetze anzugreifen, die für den Welthandel, den internationalen Tourismus und andere Arten internationaler Kontakte unverzichtbar sind.

Auf unserem Gipfel in Sea Island haben wir die Initiative der G8 zu sicherem und erleichtertem internationalen Reisen (SAFTI) verabschiedet. Heute geben wir bekannt, dass alle 28 darin enthaltenen Projekte erfolgreich abgeschlossen sind. Wir sind davon überzeugt, dass diese Arbeit den internationalen Reiseverkehr sicherer gemacht hat. Die Ergebnisse wurden auch den einschlägigen internationalen Stellen zugänglich gemacht, darunter der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO), der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) und der Weltzollorganisation (WCO).

Wir sind entschlossen, unsere Bemühungen um den Schutz des internationalen Transportnetzes fortzusetzen. Als eine Lehre aus den jüngsten terroristischen Aktivitäten haben unsere Fachleute sich der Bekämpfung neuer Bedrohungen gewidmet. Dazu gehört unter anderem ein Vorgehen gegen den Einsatz von Flüssigsprengstoffen. Darüber hinaus ist es unser Ziel, die Programme und Techniken der Personenkontrolle ebenso zu verbessern wie die Sicherheitsbewertungen an Hafenanlagen, die Systeme des Sicherheitsmanagements und die Programme zur Sicherheitsüberprüfung im Transportbereich. Im Bereich des Landverkehrs

begrüßen wir die Einrichtung der Internationalen Arbeitsgruppe für die Sicherheit im Landverkehr, die sich aus Mitgliedern der G8 und anderen Staaten zusammensetzt.

5. Vorgehen gegen Radikalisierung und Rekrutierung von Terroristen

Unsere weltweiten Anstrengungen zur Verbesserung der Integration, des Justizwesens, des verantwortungsvollen staatlichen Handelns und der Teilhabe werden zu einem Umfeld beitragen, das es der kleinen Minderheit von Extremisten schwerer machen wird, Zwietracht zu säen und Gewalt zu schüren. Wir bekennen uns dazu, weiterhin an einer verlässlichen, gerechten Zukunft in Wohlstand zu arbeiten, in der alle Menschen, auch und vor allem die jungen, wissen, dass etwas für sie auf dem Spiel steht und dass diese Zukunft für sie das Versprechen eines besseren Lebens birgt. Ein wichtiges Element dieses Bekenntnisses ist die Schaffung eines Umfelds, in dem extremistische Ideologien nicht Fuß fassen können. Wir werden weiter darauf hinarbeiten, Barrieren niederzureißen und falsche Wahrnehmungen durch die Förderung gemeinsamer Werte und einer Vision des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands anzugehen; damit werden wir jene in die Isolation treiben, die versuchen, bestehende Differenzen für ihre eigenen, engstirnigen Ziele zu missbrauchen. Wir werden uns ferner weiterhin gemeinsam dafür einsetzen, die Achtung der Vielfalt und der Mäßigung zu fördern, um all jenen die Grundlagen zu entziehen, die für politische oder ideologische Zwecke Hass schüren und Gewaltakte verüben.

Wir begrüßen die fortgesetzten Anstrengungen unserer Fachleute, unsere Kenntnisse darüber zu verbessern, welche Vorgänge zur Radikalisierung und Rekrutierung von Terroristen, z. B. in Gefängnissen, führen, den Informationsaustausch unter den G8-Ländern und mit anderen Staaten in Bezug auf solche Vorgänge zu vertiefen und länderübergreifende Partnerschaften in diesen Bereichen auszubauen.

6. Vorgehen gegen den Schmuggel von Bargeld zur Finanzierung von Terrorismus und gewaltbereitem Extremismus

Die Globalisierung hat es Terroristen und anderen Kriminellen leichter gemacht, die Integrität der internationalen Finanzsysteme zu verletzen. Wir würdigen ausdrücklich die Arbeit der Arbeitsgruppe zur Geldwäschebekämpfung (FATF) und bekräftigen unser Engagement zugunsten der Umsetzung und weltweiten Förderung ihrer 40 Empfehlungen gegen die Geldwäsche und neun besonderen Empfehlungen betreffend die Finanzierung des Terrorismus. In Würdigung der erfolgreichen Bemühungen, Terroristen und anderen Kriminellen den Zugang zu unseren formellen Finanzsystemen zu verwehren, fordern wir, diese Standards auch wirksam auf Bargeld und andere informelle Bestandteile des Finanzsystems anzuwenden, um dem fortgesetzten Missbrauch durch Terroristen ein Ende zu setzen. Insbesondere betonen wir, dass die besondere Empfehlung IX der FATF betreffend die Einschränkung der grenzüberschreitenden Mobilität nicht rückverfolgbaren Schwarzgelds

dringend und uneingeschränkt umgesetzt werden muss. Wir sind uns darin einig, unsere Bemühungen um Bekämpfung des Missbrauchs informeller Methoden der grenzüberschreitenden Verbringung von Bargeld weiter zu verstärken. Unsere Fachleute werden daher über zusätzliche Maßnahmen nachdenken, zu denen unter anderem folgende gehören werden:

- Ermittlung wesentlicher Umschlag- und Kurierwege zur Maximierung des wirksamen Informationsaustauschs und zur Verbesserung der Ermittlungen im Bereich der Strafverfolgung;
- Erleichterung der Durchsetzung der Standards betreffend die Erklärung und Offenlegung unter Wahrung des freien Verkehrs legitimen Kapitals, auch, indem den Partnern Ausbildung und Aufbau von Kapazitäten angeboten werden;
- Bewertung unserer Grenz- und Zollbehörden im Hinblick auf etwaige Anfälligkeiten und Behandlung derselben.

7. Verhütung des Nuklearterrorismus

Massenvernichtungswaffen in den Händen von Terroristen sind die vordringlichste Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Terroristen vom Erwerb von Kernwaffen abzuhalten, ist für die Aufrechterhaltung unserer Lebensweise von grundlegender Bedeutung. Zu diesem Zweck verpflichten wir uns zusammenzuarbeiten. Wir rufen daher alle Staaten dringend auf, das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen und das Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial samt der Änderung von 2005 so bald wie möglich zu ratifizieren. In diesem Zusammenhang heben wir ferner hervor, dass die Resolutionen 1373 und 1540 des VN-Sicherheitsrats weiterhin von Bedeutung sind, und rufen alle Staaten auf, ihre uneingeschränkte Einhaltung sicherzustellen. Als Partnerstaaten der Globalen Initiative zur Bekämpfung von Nuklearterrorismus sprechen wir uns für die Weiterentwicklung der Initiative und für Bemühungen um eine breitere Beteiligung aus.

8. Einbindung des Privatsektors in die Bekämpfung des Terrorismus

Wir erkennen an, wie wichtig in einer globalisierten Welt die Zusammenarbeit mit unseren Partnern aus der Privatwirtschaft für unsere Bemühungen ist, den Terrorismus zu bekämpfen. Im November 2006 kamen wir in Moskau zum Globalen Forum für Partnerschaften zwischen Regierung und Unternehmen zur Terrorismusbekämpfung zusammen. Wir verabschiedeten die Strategie für Partnerschaften zwischen Regierung und Unternehmen zur Terrorismusbekämpfung. Wir sind entschlossen, die in diesem Zusammenhang begonnene konstruktive Arbeit mit dem Privatsektor unserer jeweiligen Länder fortzusetzen.

9. Bekämpfung des Terrorismus im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan

Wir billigen die Gemeinsame Erklärung, die die Außenminister der G8 sowie Afghanistans und Pakistans auf ihrem Treffen in Potsdam verabschiedet haben, und ermutigen Afghanistan und Pakistan, die darin enthaltenen Maßnahmen mit Unterstützung der G8-Staaten durchzuführen.

Darüber hinaus halten wir es für zielführend, im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan die Armut zu bekämpfen und den Privatsektor umfassend einzubinden. Die Anbindung der Grenzregion zwischen Afghanistan und Pakistan an die Weltwirtschaft und die Förderung eines starken Wachstums im Privatsektor und einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung sind von grundlegender Bedeutung für die Bekämpfung des Terrorismus, die Schaffung legaler Beschäftigungsmöglichkeiten und die Förderung von Demokratie, Frieden, Wohlstand, Stabilität und verantwortungsbewusstem staatlichen Handeln. Daher sollte unser Ziel eine umfassende Wirtschaftsstrategie sein, die der Entwicklung ebenso wie der Terrorismusbekämpfung die erforderliche Kohärenz verleiht. Um die Menschen in der Region gegen terroristische Propaganda und Rekrutierungsversuche zu wappnen, sollte eine solche umfassende Strategie, die zusammen mit starken Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus auch Unternehmensförderung, Infrastrukturverbesserungen, berufliche Bildung, eine Verbesserung der Bereitstellung staatlicher Versorgungsdienste und Handelsförderung umfassen kann, von den jeweiligen Regierungen unter Beteiligung der Behörden und der Bevölkerung vor Ort erarbeitet werden, unterstützt von den G8, multilateralen Organisationen und Verbänden der Privatwirtschaft.

10. Menschenrechte und Terrorismus

Wir bekräftigen, dass Förderung und Schutz der Menschenrechte für alle sowie Rechtsstaatlichkeit für die Bekämpfung des Terrorismus von grundlegender Bedeutung sind, und wir erkennen an, dass wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und Schutz der Menschenrechte nicht im Widerspruch stehen, sondern einander ergänzen und sich gegenseitig verstärken. Wir rufen alle Staaten auf sicherzustellen, dass sich alle zur Terrorismusbekämpfung getroffenen Maßnahmen im Rahmen ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen, insbesondere in den Bereichen Menschenrechte, Flüchtlingsrecht und humanitäres Völkerrecht, bewegen.